

62 Gemeinschaftsschulen mehr im Schuljahr 2015/2016 – aber kein Erfolgsmodell

Die folgende aktuelle Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, mit welcher der bildungspolitische Sprecher der Fraktion auf die Interpretation des Kultusministers reagiert hat, es gebe auch im kommenden Schuljahr einen weiteren erfolgreichen Ausbau der Gemeinschaftsschulen im Land, zeigt erneut, dass die landesweite Kritik am Projekt Gemeinschaftsschule nicht nachlässt. Ähnlich wie viele Lehrer, Betriebe vor Ort, Eltern und viele andere Bürgerinnen und Bürger kritisiert auch die CDU, dass es sich bei der Gemeinschaftsschule um eine **Mogelpackung** handelt:

- Das ursprüngliche Ziel der Landesregierung, mit der Gemeinschaftsschule alle anderen Schularten zu ersetzen, ist gescheitert. Nach wie vor sind es fast nur Haupt- und Werkrealschulen, die Gemeinschaftsschulen werden sollen. Nicht, weil die Gemeinden vom pädagogischen Konzept überzeugt sind, sondern weil die Landesregierung den Eindruck vermittelt, nur so könne ein Schulstandort mit einer bisherigen Haupt- und Werkrealschule gesichert werden.
- Das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschulen erscheint auch der CDU fragwürdig. Dem grün-roten «Ideal» hochgradig leistungsheterogener Lerngruppen, die eine gemeinsame Unterrichtung und gemeinsame Klassenziele verunmöglichen, stellt nun auch die CDU das Konzept möglichst leistungshomogener Klassengemeinschaften gegenüber.
- Die Belastungen für die Lehrer seien an Gemeinschaftsschulen enorm hoch.
- Die bisherige materielle Bevorzugung der Gemeinschaftsschulen sei nicht zu rechtfertigen.

Wir wünschen uns von der CDU, dass sie diese wichtigen Eckpunkte weiter durchdenkt und dabei mit einbezieht, dass auch die willkürliche Zusammensetzung der Schülerschaft in allen Schularten und das Konzept der «Neuen Lernkultur» für alle Schularten auf den Prüfstand gehören. Denn die Landesregierung versucht auf Umwegen ihr Ziel zu erreichen, alle Schularten zu «Gemeinschaftsschulen» zu machen: mittels dieser beiden Konzepte.

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
vom 2. Februar 2015

Die Umwandlung der Haupt- und Werkrealschulen in Gemeinschaftsschulen geht in die vierte Runde

«Die Gemeinschaftsschule ist eine Schulart, die fast ausnahmslos durch die Umwandlung bisheriger Haupt- bzw. Werkrealschulstandorte entsteht. Unter den zum kommenden Schuljahr 2015/16 genehmigten 62 Gemeinschaftsschulen sind erneut fast ausschließlich ehemalige Haupt- und Werkrealschulen – diesmal rund 90 Prozent. Auch wenn der Kultusminister es gerne anders hätte, entsprechend ihrer Entstehung setzt sich die Schülerschaft der Gemeinschaftsschulen zu über 60 Prozent aus Haupt-/Werkrealschülern zusammen. Nur knapp 10 Prozent gymnasial empfohlene Schülerinnen und Schüler besuchen eine Gemeinschaftsschule – mit sinkender Tendenz», sagte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Georg Wacker MdL, am Montag (2. Februar).

Für die Städte und Gemeinden bestehe in aller Regel gar keine Alternative zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule. Dieser vom Kultusminister aufgezwungene

Weg sei die einzige Möglichkeit, die Schließung der Schule zu vermeiden. „Es ist völlig abwegig zu glauben, dass die Kommunen von der Pädagogik der Gemeinschaftsschule überzeugt wären. Das hat mit der Wirklichkeit in unserem Land wenig gemein. Die Entscheidung zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule ist und bleibt in den meisten Fällen der Rettungsanker zum Erhalt des Standorts“, kritisierte Wacker.

«Unser CDU-Bildungskonzept ist ein klarer Gegenentwurf zum pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule, bei dem die Stärkung der Realschule sowie die Weiterentwicklung der differenzierten Schularten im Mittelpunkt stehen. Dabei erkennen wir neben einem starken Gymnasium das optimale Bildungsangebot in einer Realschule, die neben der Mittleren Reife zugleich leistungsdifferenziert auf den Hauptschulabschluss vorbereitet. Dabei soll den Realschulen die so dringend erforderliche Möglichkeit gegeben werden, frühzeitig mit zusätzlichen Unterrichtsangeboten auf die beiden Abschlüsse vorzubereiten. Bei den Praktikern an den Realschulen im Land findet unser Konzept breite Zustimmung», erläuterte Wacker.

«Die vom Kultusminister und den Regierungsfractionen gerne geschürte Angst, dass eine CDU-geführte Landesregierung umgehend die Gemeinschaftsschulen schließen würde, ist völlig unberechtigt. Allerdings würde es im Falle einer Regierungsübernahme auch keinen weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschulstandorte geben, da wir die Einführung einer ideologisch begründeten Schulart auf dem Rücken der Kinder entschieden ablehnen. Mit unserem CDU-Bildungskonzept haben wir schon heute eine erstklassige pädagogische Alternative zur Gemeinschaftsschule. Dieses Angebot richtet sich auch an Gemeinschaftsschulen, von denen immer deutlicher der Wunsch nach leistungsdifferenzierten Unterrichtsangeboten zu hören ist», kündigte Wacker an.

«Von den Lehrerinnen und Lehrern an den Gemeinschaftsschulen kommt vielfach die Klage, dass sie durch das pädagogische Konzept einer erheblichen Überlastung ausgesetzt seien. Gemeinschaftsschule könne nur mittels enormem persönlichen Einsatz sowie zahlreicher Überstunden der Lehrkräfte umgesetzt werden. Eine entsprechende Umfrage der GEW bestätigt dies. Auch die Unterstützungsleistung seitens des Kultusministeriums werde als unzureichend erlebt. Aber nicht nur an Gemeinschaftsschulen – auch an allen anderen Schularten – engagieren sich die Lehrerinnen und Lehrer für ihre Schüler. Aus diesem Grund ist die unverminderte Bevorzugung der Gemeinschaftsschule bei der Ressourcenverteilung nicht zu rechtfertigen. Wir fordern daher den Kultusminister auf, das Pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule zu überdenken und endlich leistungsdifferenzierte Angebote zu erlauben», forderte der CDU-Bildungsexperte.